

Mitgliederzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

Der VOLLZUGSDIENST

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands



dbb
beamtenbund
und tarifunion



3 | 2026

73. Jahrgang

Bundesgewerkschaftstag in Vorbereitung



Foto: BSBD

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug
**VOLLZUG.
SICHERHEIT.
ZUKUNFT.**
STARK FÜR DEN STRAFVOLLZUG
HEUTE. | MORGEN. | GEMEINSAM.

Heilfürsorge im Strafvollzug –
als bundesweiter Standard vom BSBD
weiterhin gefordert

The top of security.

SECURITY
MADE IN
GERMANY
1883

STUV

Webinar
KRITIS Dachgesetz



<https://kritis-dg.stuv.de>

SMART ACCESS SOLUTIONS

Clevere Zutrittskontrolle für Betreiber kritischer Infrastrukturen

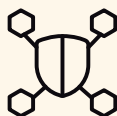
PYLOCK® steht für hochverfügbare Schließtechnik in sicherheitskritischen Anwendungen. Das System gewährleistet zuverlässigen Schutz auch unter Extrembedingungen. Durch den Verzicht auf eine Stromversorgung im Schloss bleibt PYLOCK® selbst im Blackout uneingeschränkt funktionsfähig – für maximale Betriebssicherheit und permanente Verfügbarkeit.

PYLOCK® überzeugt durch



BATTERIELOS & WARTUNGSARM:

- offline und autark - PYLOCK® arbeitet auch dann noch, wenn Handy oder Stromnetz ausfallen.
- Effizienter Betrieb auch an schwer zugänglichen Standorten.



FLEXIBEL EINSETZBAR:

- Retrofit-kompatibel
- Customized-Lösungen
- Mieten statt kaufen



Mehr erfahren!



PYLOCK Smart Access Solutions

Mitglied im
dbb beamtenbund und tarifunion
Europäische Union der
Unabhängigen Gewerkschaften
(CESI)



Bundesvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd-bund.de www.bsbd.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzende	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de
Stellv. Bundesvorsitzender		
Schriftleitung	Martin Kalt	martin.kalt@bsbd-bund.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinstede · post@bsbd.de	

Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Michael Schwarz	bsbdschwarz@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Alexander Sammer	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Sven Rösler	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	geschaeftsstelle@bsbd-brb.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	Sascha Möbius	sascha.moebius@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Wilma Volkenand	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Horst Butschinek	info@bsbd-nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Mark Schallmo Stefan Wagner	mail@bsbd-rlp.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Sascha Klein	sa.klein@jvasb.justiz.saarland.de
Sachsen	Thomas Porr	thomas.porr@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Henry Malonn	malonn@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Ronny Rüdiger	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

REDAKTIONSSCHLUSS

Ausgabe 4+5 - 2026: ►►► 11. September 2026

ERSCHEINUNGSTERMIN

Ausgabe 4+5 - 2026: ►►► 15. Oktober 2026

BUNDESHAUPTVORSTAND

Heilfürsorge im Strafvollzug als
bundesweiter Standard vom BSBD
weiterhin gefordert **4**

Gewerkschaftstag in Berlin **5**

Vorankündigung
Bundesgewerkschaftstag in Potsdam **5**

Bundesfrauenkongress **6**

Bundesjugendausschuss **7**

Bundesseniorenausschuss in Landau **9**



TdL zieht gegen Gewerkschaften
vor Gericht **10**

LANDESVERBÄNDE

Baden-Württemberg **14**

Bayern **27**

Berlin **31**

Brandenburg **39**

Bremen **42**

Hamburg **44**

Hessen **51**

Mecklenburg-Vorpommern **63**

Niedersachsen **68**

Nordrhein-Westfalen **71**

Rheinland-Pfalz **87**

Saarland **94**

Sachsen **98**

Sachsen-Anhalt **101**

Schleswig-Holstein **106**

Thüringen **114**

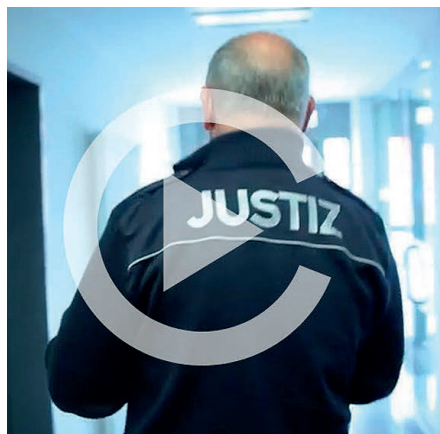
Impressum **114**



BSBD

Eine starke Gewerkschaft

Der **BSBD** vertritt
deutschlandweit
die Interessen von mehr als
**25.000 Beamten und
Tarifbeschäftigten**



Der Verband
ist eigenständig und
unter dem Dach des
**Deutschen Beamtenbunds
organisiert**

Der **Bund der Strafvollzugsbediensteten** vertritt, unter dem Dach des **dbb**, bundesweit die Interessen der 38.000 Bediensteten im Justizvollzug. Er ist mit rund 25.000 Mitgliedern die größte gewerkschaftliche Organisation der Beschäftigten im Justizvollzug der Bundesrepublik Deutschland.

Der **BSBD**, der rund 70 Prozent aller Strafvollzugsbediensteten gewerkschaftlich organisiert, hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Interessen des Strafvollzuges und die der Kolleginnen und Kollegen wirksam zu vertreten, damit diese nicht von der Politik übersehen werden können.

Ein hoher Organisationsgrad und die bundesweite Bündelung und Vernetzung der Gewerkschaftsarbeit ist für die effektive Vertretung der Belange der Kolleginnen und Kollegen unerlässlich, um öffentlich Gehör zu finden.

„Um einer interessierten Öffentlichkeit, aber auch den Kolleginnen und Kollegen zu vermitteln, dass eine starke und eigenständige gewerkschaftliche Interessenvertretung unverzichtbar ist, hat der **BSBD** einen **Imagefilm** erstellt, der sowohl einen Einblick in den Vollzug gewährt als auch das Erfordernis zur solidarischen Wahrnehmung der eigenen Interessen betont.

Der **Imagefilm** kann unter **www.bsbd.de** aufgerufen werden.

**Der BSBD ist die größte gewerkschaftliche Interessenvertretung
der Strafvollzugsbediensteten in Deutschland**



Finanztipp Ihrer BBBank

Welche Rate kann ich mir leisten? So rechnen Sie richtig – und realistisch

Sie spielen mit dem Gedanken an eine eigene Immobilie? Finden Sie mit der Haushaltsrechnung heraus, welche Rate zu Ihren Einnahmen und Ausgaben passt.

Für die einen ist es der kreative Freiraum, für andere die Sicherheit eines eigenen Heims oder ein Garten mit Hochbeet – nach Jahren des Mietens und Sparens stellen sich viele Menschen die Frage: Ist jetzt der richtige Zeitpunkt für einen Hauskauf? Und wie viel kann ich mir leisten, ohne mich finanziell zu übernehmen? Die Haushaltsrechnung gibt Käuferinnen und Käufern Sicherheit.

Warum die Haushaltsrechnung so wichtig ist

Eine Baufinanzierung begleitet Sie meist über viele Jahre. In dieser Zeit kann sich viel verändern: beruflich, familiär oder wirtschaftlich. Wer von Anfang an ehrlich rechnet, schafft sich einen Puffer für Unvorhergesehenes.

Die Haushaltsrechnung hilft dabei:

- Ihre finanzielle Leistungsfähigkeit realistisch einzuschätzen
- Eine tragfähige monatliche Kreditrate zu bestimmen
- Langfristige Planbarkeit zu schaffen

Haushaltsrechnung aufstellen: so funktioniert's

Schritt 1: Alle monatlichen Einnahmen erfassen

Am Anfang steht die einfache, aber entscheidende Frage: Was kommt monatlich wirklich rein? Zu den regelmäßigen

Einnahmen zählen unter anderem:

- Nettoeinkommen aus selbstständiger/nichtselbstständiger Tätigkeit
- Kindergeld
- Mieteinnahmen
- Unterhaltszahlungen
- Regelmäßige Bonuszahlungen oder Provisionen (anteilig berechnet)

Sinnvoll ist ein konservativer Ansatz. Variable Bestandteile, wie leistungsabhängige Boni, sollten nicht zu optimistisch angesetzt werden. Rechnen Sie lieber mit einem durchschnittlichen Wert.

Schritt 2: Ausgaben vollständig berücksichtigen

Hier liegt für viele der größte Aha-Moment. Denn insbesondere variable Kosten finden oft zu wenig Beachtung.

Fixe monatliche Kosten sind z. B.:

- Miete
- Versicherungen
- Strom, Heizung, Wasser
- Internet und Mobilfunk
- Abonnements und Streamingdienste
- Kinderbetreuung
- Leasing- oder Kreditraten

Diese Ausgaben sind relativ gut planbar – sie bilden das Fundament Ihrer Haushaltsrechnung.

Variable monatliche Kosten sind z. B.:

- Lebensmittel

- Freizeitaktivitäten
- Kleidung
- Urlaube
- Rücklagen für Reparaturen oder Anschaffungen

Ein Blick auf die Kontoauszüge der letzten drei bis sechs Monate schafft hier Klarheit. So erkennen Sie, wie viel Spielraum wirklich vorhanden ist.

Kosten neben der Kreditrate

Viele Menschen schauen bei der Finanzierung vor allem auf Zins und Rate im Hier und Jetzt. Doch Eigentum bringt mittel- und langfristige Kosten mit sich, die von Anfang an berücksichtigt werden sollten. Das betrifft zum Beispiel Versicherungsbeiträge oder Aufwendungen für Instandhaltungen.

Auch Einmalausgaben (z. B. für die Einbauküche) sowie Preissteigerungen für Baumaterialien und Handwerker spielen dabei eine Rolle. Insgesamt sollten Sie für unvorhergesehene Ausgaben einen Puffer in Höhe von zehn Prozent des Kaufpreises einplanen.

Diese Ausgaben werden häufig unterschätzt

- **Hausgeld – Extraposten bei Eigentumswohnungen:** Das Hausgeld ist der monatliche Betrag, den Sie nach dem Kauf einer Eigentumswohnung an die Eigentümergemeinschaft zah-

len. Es fällt zusätzlich zur Kreditrate an und deckt die laufenden Kosten des gemeinschaftlichen Eigentums ab. Das Hausgeld umfasst in der Regel Betriebskosten (z. B. Wasser, Müllentsorgung, Hausmeister), Verwaltungskosten, Gemeinschaftsstrom, Gebäudeversicherungen und Beiträge zur Instandhaltungsrücklage. Letztere wird von der Eigentümergemeinschaft angespart, um größere Reparaturen – etwa am Dach oder an der Fassade – finanzieren zu können. Käuferinnen und Käufer sollten prüfen: Wie hoch ist die vorhandene Rücklage? Sind größere Sanierungen geplant?

- **Eigenheim – kein Hausgeld, dafür Eigenverantwortung:** Wenn Sie ein freistehendes Haus kaufen, zahlen Sie kein Hausgeld. Dafür tragen Sie die Verantwortung vollständig selbst. Dach, Heizung, Fenster, Fassade oder Außenanlagen: Mit der Zeit fallen Reparaturen und Modernisierungen an. Eine Faustregel lautet, monatlich 1 bis 2 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche als Rücklage einzuplanen.
- **Energie- und Nebenkosten – Unterschiede zwischen Altbau und Neubau:** Altbauten sind beim Kauf oft günstiger, können im Alltag aber durch höhere Nebenkosten mehr ins Geld gehen als ein Neubau. In neueren Gebäuden sorgen moderne Dämmung, neue Fenster und effiziente Heizsysteme dafür, dass weniger Energie verloren geht und die monatlichen Kosten niedriger sind. In einem Altbau „entweicht“ die Wärme dagegen schneller, sodass mehr geheizt werden muss – das macht sich auf der Rechnung bemerkbar.
- **Absicherung für Unvorhergesehenes:** Wohngebäudeversicherung, Hausratversicherung und Privathaftpflichtversicherung sind essenziell. Je nach Lage kann auch eine Elementarschadenversicherung ratsam sein, etwa bei Risiko für Hochwasser. Darüber hinaus können Rechtsschutz- und Lebensversicherungen die persönliche Absicherung sinnvoll ergänzen. Überlegen Sie die Kosten und kalkulieren Sie diese in Ihre Planung ein.
- **Laufende Kosten durch die Grundsteuer:** In Deutschland liegt die

Grundsteuer grob zwischen etwa 200 und 1.000 Euro pro Jahr, kann aber je nach Objekt und Lage abweichen. Die Höhe hängt zum Beispiel vom Grundsteuerwert und der Grundstücksgröße ab. Auch der Hebesatz der jeweiligen Gemeinde hat großen Einfluss und unterscheidet sich regional stark.

Wie viel Rate ist gesund?

Die monatliche Rate für eine Baufinanzierung sollte ein Drittel des Nettoeinkommens nicht übersteigen. Doch: Jede Lebenssituation ist anders. Entscheidend sind individuelle Fragen wie:

- Planen Sie Kinder?
- Steht ein Jobwechsel an?
- Wie viel Spielraum soll weiterhin für Urlaub, Hobbys und spontane Ausgaben bleiben?
- Wollen Sie Ihren Kredit besonders schnell tilgen?

Eine höhere Tilgung verkürzt beispielsweise die Laufzeit und reduziert die Gesamtzinskosten, erhöht aber auch die monatliche Belastung. Hier gilt es, die richtige Balance zwischen Tempo und Lebensqualität zu finden

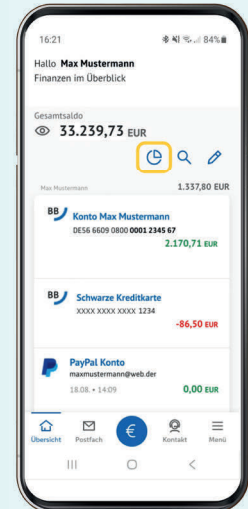
Eigenkapital: Sicherheitspuffer statt Komplett-Einsatz

Eigenkapital spielt bei der Baufinanzierung eine zentrale Rolle. Dennoch ist es selten sinnvoll, sämtliche Rücklagen in die Immobilie zu investieren.

Grundsätzlich gilt:

- Mindestens die Kaufnebenkosten (z.B. Grunderwerbsteuer, Notar- und Grundbuchkosten) sollten durch Eigenkapital gedeckt sein.
- Ein höherer Eigenkapitalanteil verbessert die Finanzierungskonditionen.
- Drei bis sechs Monatsgehälter sollten als frei verfügbare Reserve bleiben – für unerwartete Ereignisse wie Reparaturen oder Einkommensrückgänge.
- Vermögen breit aufstellen erhöht die Sicherheit: Ein Teil der Ersparnisse sollte in Anlagen wie Festgeld, ETF oder Aktien investiert bleiben.

Tipp: Haushaltsbuch in der BBBank-App



Der FinanzLotse erfasst automatisch Einnahmen und Ausgaben und ordnet Ihre Umsätze Kategorien wie Mobilität, Lebensmittel oder Versicherungen zu.

So sehen Sie auf einen Blick, wie viel Geld Sie pro Monat für einzelne Bereiche ausgeben – einfacher geht's nicht. Der kostenlose Service ist Teil der BBBank-BankingApp.

Wir beraten Sie gern

Gemeinsam finden wir heraus:

- welche Finanzierung langfristig tragfähig ist
- welche Tilgungsstrategie Ihre Ziele unterstützt
- wie Sie sich auf Zinsänderungen vorbereiten können
- und wie groß Ihr Sicherheitspuffer sein sollte

Denn Better Banking bietet eine Lösung, die heute und in Zukunft zu Ihrem Leben passt.

Infos und Ansprechpartner unter:
bbbank.de/oeffentlicher-dienst

AG Frauen bereitet sich auf Seminar vor!

Regel Austausch unter den Teilnehmerinnen und viel Informationen vom Landesvorstand.

Zentrales Thema des nun schon einige Wochen zurückliegenden Treffens waren die zu diesem Zeitpunkt gerade beendeten Tarifverhandlungen. Der Landesvorsitzende Stefan Wagner berichtete über die von der Bundesleitung mitgeteilten Informationen und dass die Verhandlungen mehr als zäh gewesen seien. Auch sei ein Abbruch der Gespräche durchaus in Erwägung gezogen worden. Der letztendlich erzielte Abschluss sein ein Kompromiss – mehr nicht.

Der Landesvorsitzende betonte, dass dies aber auch nur deswegen möglich gewesen sei, weil es Gewerkschaften gibt. Wenn es keinen Tarifpartner für die Länder geben würde, gebe es auch gar keine Erhöhung, weil sie ja niemand fordert! Als Fazit bleibt festzustellen: Besser geht natürlich immer! Wann die Übertragung des Ergebnisses auf die Beamtinnen und Beamten erfolgt bleibt abzuwarten. Durch die im März stattgefundene Landtagswahl und der Konstituierung des neuen Landtags im Mai, ist mit einer schnellen Übertragung nicht zu rechnen. Zugesagt wurde aber von allen Parteien die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung – also mit entsprechender Rückzahlung. Ob diese Zusagen eingehalten werden bleibt abzuwarten.

Schon immer möglich, seit einiger Zeit aber erst praktiziert, ist die Anstellung von Pensionären als sogenannte Minijobber. Allerdings herrschen hier in den verschiedenen Einrichtungen Unklarheiten über die zu übertragenden Tätigkeiten und sonstige Umsetzungen. Herr Wagner sagte zu, sich diesem Thema anzunehmen und eine Klärung mit dem Justizministerium herbeizuführen.

Anschließend wurden die Eckpunkte für das geplante „Frauseminar“ Ende des Jahres thematisiert.

Immer größeren Raum nimmt die Frage der Altersvorsorge und -absicherung in Bezug auf Betreuungszeiten während der aktiven Laufbahn ein. Hierzu konnte schon die Referentin Ruth Leinebach von der Firma SwissLifeSelect für das Seminar gewonnen werden.



Teilnehmerinnen der AG Frauen

Daneben hat der Abteilungsleiter Justizvollzug im Ministerium, Herr Thomas Messer, ebenfalls seine Teilnahme für eine Diskussionsrunde zugesagt.

Da der Tagungsort diesmal in Neustadt an der Weinstraße liegt, darf es am Besuch der Wiege der deutschen Demokratie, dem Hambacher Schloss, natürlich auch nicht

fehlen. Ein gesundheitsförderndes Tagesprogramm speziell für Frauen ist ebenfalls ein fester Bestandteil dieses Seminars.

Das Seminar findet vom 30.11. bis 02.12.2026 statt, weitere Informationen gibt es bei den Ortsverbänden oder unter: www.bsbd-rlp.de



Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD in Rheinland-Pfalz – Wenigen Worten müssen Taten folgen!

Im Koalitionsvertrag zwischen CDU und SPD ist der Bereich Justizvollzug sehr übersichtlich gehalten.

„Mit dem Inhalt der wenigen Zeilen sind wir nicht unzufrieden,“ so Stefan Wagner, Landesvorsitzender des BSBD Rheinland-Pfalz. Die Anhebung der sogenannten Gitterzulage auf das Niveau der Polizeizulage im Bund ist ein starkes Signal. In den vergangenen sechs Jahren wurde diese Zulage schon zweimal auf zuletzt 180 Euro erhöht. „Die jetzt zugesagte Erhöhung auf derzeit 228 Euro lässt zumindest erahnen, dass die Parteien die hohe Anforderung an unseren Dienst wertschätzen“, so Wagner weiter.

Vermisst wird allerdings die von der CDU in deren Wahlprogramm zugesagte Ruhegehaltsfähigkeit dieser Zulage. „Die Eindrücke und die Belastung des aktiven Dienstes gehen nicht mit dem Eintritt, in den Ruhestand verloren. Hier müssen wir mit dem künftigen Minister oder der künftigen Ministerin ins Gespräch gehen“, kündigt Wagner die ersten Weichenstellungen an.

Abzuwarten bleibt, wie die Aussage im Koalitionsvertrag „das Zulagenwesen insgesamt mit stärkeren Leistungsanreizen auszugestalten“ mit Leben erfüllt werden soll, ebenso die Absicht, moderne Dienststellen zu schaffen.

Zur Kenntnis genommen haben die Gewerkschaftler die Aussage, dass bereits angestoßene Baumaßnahmen konsequent vorangetrieben werden.

„Mit Blick auf die Revitalisierung der alten Männeranstalt in Wittlich muss jetzt mit der Einstellung und Ausbildung des für die Inbetriebnahme notwendigen Personals begonnen werden“, fordert Mark Schallmo, Co-Landesvorsitzender des BSBD.

Der Justizvollzug in Rheinland-Pfalz ist derzeit personell und funktionell am Limit, seit Monaten gibt es eine enorme Überbelegung in den Einrichtungen, was enorme Herausforderungen für alle Bediensteten bedeutet.

„Wir warnen vor einer weiteren Aufgabverdichtung im Hinblick auf die Forderung einer Abschiebe- und Verwaltungshaft für den Justizvollzug. Diese Art von Haft kann

und darf der Justizvollzug nicht leisten“, so Schallmo.

Begrüßt wird die Absichtserklärung, die Ergebnisse der Tarifverhandlungen zeit- und systemgerecht auf die Beamtinnen und Beamten sowie die Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger zu übertragen.

Nach über 40 Jahren wird es künftig wieder einen Justizminister aus den Reihen der CDU geben.

„Inhaltlich waren wir in den vergangenen Jahren immer sehr nah beieinander. Wie viele dieser inhaltlichen Überschneidungen vom Wechsel von der Oppositionsbank ins Ministerium geblieben sind, müssen wir in einem schnellen Gespräch ausloten“, kündigt Stefan Wagner an.

Stefan Wagner
Landesvorsitzender

Gewerkschaftsbeitrag ab 2026 zusätzlich absetzbar!

Mit der Steuererklärung für 2026 können BSBD-Mitglieder ihren Gewerkschaftsbeitrag zusätzlich zur Werbungskostenpauschale steuerlich absetzen. Damit wirkt sich der Beitrag künftig immer steuermindernd aus.

Mitglieder des BSBD können ihren Gewerkschaftsbeitrag unabhängig von der Höhe als Werbungskosten von der Steuer absetzen. In der Vergangenheit brachte dies in der Praxis jedoch oft keinen direkten Steuervorteil, da der Betrag in der Werbungskostenpauschale von derzeit 1.230 Euro aufging. Nur die Beträge, die die Pauschale überschreiten, machten sich bemerkbar.

Dies ändert sich mit dem Steueränderungsgesetz 2025, das zum 01.01.2026 in Kraft getreten ist. Wer Mitglied in einer Gewerkschaft ist, kann ab 2026 sei-

nen Gewerkschaftsbeitrag zusätzlich zum Werbungskostenpauschbetrag geltend machen. Dazu müssen BSBD-Mitglieder ihren Mitgliedsbeitrag in der Steuererklärung für das Jahr 2026, die sie ab 2027 abgeben können, angeben.

Hinweis: Eine gesonderte Beitragsbescheinigung ist in der Regel nur auf ausdrückliche Nachfrage des Finanzamts erforderlich.



Sitzung der AG Ortsverbandsvorsitzende

Das Erste Treffen der AG für 2026 fand erst im Mai statt, da in einigen Ortsverbänden im Frühjahr noch Vorstandswahlen anstanden und man erst mit den neu gewählten Vorsitzenden ins Sitzungsjahr starten wollte. Nach der Begrüßung der Teilnehmer sowie den Glückwünschen zur Wahl für die neuen Vorsitzenden ging es auch direkt zur Tagesordnung über.

Als Erstes wurden die Umsetzung der neuen Meldelisten sowie die Handhabung der Anwärterversicherungen thematisiert. Hierbei wurden die Probleme bei der Anwendung dieser Sachverhalte besprochen und anschließend die abgesprochenen Verbesserungen im Meldewesen beschlossen.

Danach ging es um die Überführung der Mitgliederverwaltung an eine zentrale Stelle, um die Abläufe und den Datenschutz zu optimieren. Die Realisierbarkeit der gewünschten Änderungen muss noch von unseren EDV-Beauftragten geprüft werden und soll dann zeitnah umgesetzt werden.

Ein weiteres Thema war die Einrichtung von Mailverteiltern und der Auftritt des BSBD in den Share Point's der einzelnen JVA'en. Zu diesem Themenpunkt besprach man auch die künftige Einbindung der Vorsitzenden bei der Vergabe von Teilnehmerplätzen in den AGs, um die Teilnehmerliste von zentraler Stelle aus besser aktuell halten zu können.

Zur Beschaffung von Werbegeschenken und Präsenten wurde die derzeitige Praxis der Eigeninitiative mit Interessensabfragen in den anderen Ortsverbänden für sinnvoll angesehen. Von daher ist hier auch keine Änderung des Prozedere notwendig.

Der Landesvorstand berichtete anschließend zur aktuellen Regierungsbildung und dem geplanten Wechsel im Justizministerium unter CDU Führung, sowie deren Absicht die gemachten Wahlversprechen einzuhalten. Die diesbezügliche Pressemitteilung des Landesvorstandes als Gedächtnisstütze für unsere neue Landesregierung wurde von allen Anwesenden gelobt und als sehr wichtig erachtet.

Abschließend folgten noch Infos zu geplanten 75 Jahrfeier am 5. September 2026 im

Weingut Sonnenberg-Speeter in Neuleiningen. In diesem Zusammenhang wurden die Vertreter der OV's gebeten die Veranstaltung auch nach Ablauf der Meldefrist weiter zu bewerben, da eine Anmeldung nunmehr auch bis kurz vor der Veranstaltung möglich gemacht wurde.

Als letzter Punkt der Tagesordnung folgte ein Vortrag von Jan Schuhmacher von Swiss Life Select. Er erläuterte eindrücklich welche zusätzlichen finanziellen Vorteile im Bereich der Versicherungen die Mitgliedschaft im BSBD mit sich bringe. Darüber hinaus erwähnte er auch die Vorteilswelt des dbb, welche man als BSBD Mitglied in Anspruch nehmen kann. Ebenfalls bat er bei geplanten Austritten die Mitglieder be-

wusst über den Wegfall ihrer Vergünstigungen bei den verschiedenen Versicherungen zu informieren. Im Anschluss bedankten sich die Anwesenden für die interessanten Ausführungen.

Nach diesen eingehenden und guten Beratungen wurde beschlossen, erst nach der Landeshauptvorstandssitzung im Juni, ein nächstes Treffen im Herbst zu planen.

Lars Mai
Sprecher AG Ortsverbandsvorsitzende ■



Teilnehmer der AG Ortsverbandsvorsitzende

Verabschiedung des Kollegen Stefan Ternes aus dem HPR/Abt. Justizvollzug

Am 22.04.2026 war es soweit, der Kollege Stefan Ternes, nahm ein letztes Mal an einer Sitzung des Hauptpersonalrates/ Abt. Justizvollzug teil.

Mit Sitzungsende endete für ihn eine Zeit voller

- ▶ Diskussionen
- ▶ Fachlicher Beratungen
- ▶ Einbringung von Fachwissen
- ▶ Einsatz für die Kollegen/innen
- ▶ „Kleinen Erfolgen“ sowie „kleinen Misserfolgen“
- ▶ „Sitzungsmarathons“

und vieles mehr...

Kollege Ternes war immer, und zu jeder Zeit, ein Kämpfer für die Sache. Sein wichtigstes Anliegen war es, Verbesserungen für den Arbeitsalltag für die Kollegen/innen herbeizuführen.

Er bekleidete seine Aufgaben im HPR über viele Jahre und trug mit seinem Fachwissen und seinem „Knowhow“ für zu einer guten Personalratsarbeit des Gremiums bei.

Der Kollege wird nunmehr mit Ablauf des Monats April 2026 in den wohlverdienten Ruhestand gehen.

Die Mitglieder des Hauptpersonalrates bedanken sich nochmals für die geleistete Arbeit und wünscht ihm für den nächsten Lebensabschnitt alles erdenklich Gute.

Wir hoffen das Stefan noch lange gesund bleibt und seine Pension in vollen Zügen genießen kann.

Letztlich bleibt er uns im BSBD noch bis mindestens 2028 als stellvertretender Landesvorsitzender erhalten.

Mark Schallmo
Vorsitzender
HPR/Abt Justizvollzug



Die Mitglieder Hauptpersonalrates Abteilung Vollzug / JM RLP



Lossprechungsfeier an der Justizvollzugsschule Rheinland-Pfalz in Wittlich

Am 29.04.2026 fand, nach der erfolgreich abgelegten mündlichen Laufbahnprüfung der Anwärterinnen und Anwärter im 2. Einstiegsamt, die Lossprechungsfeier in der Justizvollzugsschule Wittlich statt.

Nachdem alle Anwärterinnen und Anwärter sehr erfolgreich ihre mündliche Abschlussprüfung bestanden hatten, fand die sehr gut organisierte Lossprechungsfeier zu Ehren der Absolventen / innen statt.

Nach der Begrüßungsrede der Leiterin der Justizvollzugsschule Frau Kunz de Boer, welche unter dem Motto: „Der Weg zum Erfolg besteht darin, das Gelernte in die Tat umzusetzen“, stand, übermittelte auch der anwesende Justizminister von Rheinland-Pfalz Herr Fernis sowie der ebenfalls anwesende

Staatssekretär Herr Dr. Diener, Ministerium der Justiz des Saarlandes, allen Prüflingen die allerbesten Glückwünsche zur bestandenen Prüfung.

Durch die praxisorientierte und moderne achtzehnmonatige Ausbildung in der Justizvollzugsschule Rheinland-Pfalz und in den Justizvollzugeinrichtungen des Landes wurden die Anwärterinnen und Anwärter in Theorie und Praxis auf die Herausforderungen vorbereitet, die in den Justizvollzeugs-einrichtungen vor ihnen liegen.

Nach der Übergabe der Ernennungsurkunden sowie der Ehrung des Lehrgangsbesten, Kollege Österreicher sowie der Abschlussrede des Lehrganges, wurde im Anschluss dieser sehr wichtige Verwaltungsakt gebühren gefeiert.

Auch der BSBD-RLP gratuliert allen Absolventen/innen zur bestandenen Laufbahnprüfung und wünscht Ihnen eine erfolgreiche sowie erfüllte Zukunft.

Ein Dank ergeht auch an alle, die Ihr trotz mancher Schwierigkeit mit Eurer Arbeit dazu beigetragen habt, dass die Kolleginnen und Kollegen eine so erfolgreiche und lehrreiche Ausbildung bestehen konnten.

Mark Schallmo
Vorsitzender BSBD-RLP



Teilnehmer Abschlusslehrgang mit Vertretern der Schule und der Ministerien

Sitzungen des dbb Vorstands und Hauptvorstands

Zur turnusmäßigen Frühjahrssitzung trafen sich bei bestem Frühlingswetter die Mitglieder von Vorstand und des Hauptvorstands des dbb Rheinland-Pfalz in Bad Kreuznach.

Die Landesvorsitzende Lilli Lenz berichtete aktuell aus der Landespolitik, insbesondere aus den stattgefundenen Fraktionsgesprächen vor der Landtagswahl im März.

Inhaltlich ging es in diesen Gesprächen um die jüngst im politischen Diskurs stetig zunehmenden Angriffe auf den Beamtenstatus, etwa unter den Stichworten „Bürgerversicherung“ (im Renten- und Krankenversicherungszusammenhang); „Verbeamtungsverzicht“, „Versorgungsniveaueabsenkung“.

Glücklicherweise sprachen sich alle beteiligten Fraktionen gegen Beamten-Bashing und für den Beamtenstatus aus – Wahlkampf hin oder her.

Insbesondere die Ansprechpartner von CDU und SPD sandten auch günstige Signale, was eine gesetzliche Übertragung des jüngsten Ländertarifergebnisses auf Besoldung und Versorgung im Landes- und Kommunaldienst anbetrifft.

Die Übernahme ist zwischenzeitlich im schwarz-roten Koalitionsvertrag niedergeschrieben.

Zum Zeitpunkt der Sitzung war der Koalitionsvertrag noch nicht veröffentlicht, so dass man sich nur auf die Sondierungsergebnisse konzentrieren konnte. Die Kernforderung der Sitzungsteilnehmer war aber klar:

Wer den Staat effizienter machen will, muss bei den Strukturen und der schieren Menge an Aufgaben ansetzen. Ein schlanker Staat, der sich auf seine Kernaufgaben konzentriert, braucht hoch motiviertes und gut bezahltes Personal.

Beides müsse passen, damit die Beschäftigten, die Tag für Tag ihren Dienst verrichten und sich für Sicherheit, Bildung und die Verwaltung engagieren, fair behandelt werden.

Die Gremien bekräftigten, dass der dbb Landesbund seine Wächterfunktion wahrnehmen wird.

Das Ergebnis der vergangenen Tarifrunde wurde ebenfalls diskutiert und bewertet:

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer rangen sich durch zu einer moderaten Bewertung des Kompromisses, denn er bringt akzeptable Entgeltsteigerungen sowie zum Beispiel die Erhöhung der Wechselschichtzulage, die Angleichung beim Kündigungsschutz Ost an West und ein Ausbildungspaket mit deutlichen Verbesserungen für junge Menschen.

Verärgert hat nicht nur die Tarifvertreterinnen und -vertreter im Landesbund die Verweigerungshaltung der Arbeitgeber sowie deren Wille, unbedingt Verschlechterungen bei der Eingruppierung mittels Eingriffs in das Konstrukt „Arbeitsvorgang“ zu erzwingen.

Ebenso ungehalten wurde die lange Laufzeit der Tarifeinigung kritisiert (bis zum 31. Januar 2028).

Positiv hervorgehoben wurden die Aktionen des dbb rlp im Rahmen der Tarifrunde mit der Staffelmahnwache vor dem Finanzministerium mit täglich rund 50 Teilnehmenden sowie der Warnstreik-Demo mit rund 2.500 Teilnehmenden. Bei künftigen Aktionen würde die Landesleitung des BSBD eine größere Mitwirkungs- und Teilnahmebereitschaft der BSBD-Mitglieder begrüßen.

Besprochen wurden Inhalt und Folgerungen aus dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur Alimentation in Berlin (2 BvL 20/17 u.a.).

Die Entscheidung ist zu begrüßen als weitere Verfeinerung der dortigen Alimentationsrechtsprechung inklusive des bundesverfassungsgerichtlichen Prüfschemas.

Durch die Einführung des Median-Äquivalenzeinkommens als Bezugsgröße zur Beurteilung der Mindestalimentation anstelle des bisher in die Gleichung eingestellten Bürgergeldes wird eine leicht beziehbare und im Ergebnis belastbare Statistikgröße herangezogen.

Der präzisierte Indexfuß für die Betrachtung der volkswirtschaftlichen Bezugsgrößen auf der zweiten Prüfstufe des bundesverfassungsgerichtlichen Prüfschemas erleichtert die Rechtsfindung auch.

Indirekt hat der Beschluss vorsichtig positive Ausstrahlungswirkung auf die Alimentationsrechtsprechung in der Bundesrepublik, denn das Median-Äquivalenzeinkommen

liefert für Betroffene leicht günstigere Schwellenwerte.

Direkt wirkt sich die Entscheidung auf Rheinland-Pfalz nicht aus, denn sie bindet nur den Berliner Senat als Besoldungsgesetzgeber.

Alle anderen Rechtskreise müssen ihre jeweilige interne Messlatte der Amtsangemessenheit bei der Alimentationsüberprüfung aber anpassen.

Im Gegensatz zu Berlin hatte Rheinland-Pfalz z. B. nicht über Jahre Nullrunden mit der Folge „versteinerter“ Besoldung. Wahrscheinlich ist allerdings, dass der rheinland-pfälzische Besoldungsgesetzgeber weiter kontinuierlich nachschärft.

Interessant bleibt die Frage danach, ob der Dienstherr unterstellen kann, dass in jeder Beamtenfamilie ein in bestimmter Höhe festgelegtes Partnereinkommen vorhanden ist und ob er dies bei seiner Alimentationsbemessung einfach hinzurechnen darf – vierzehn Bundesländer und der Bund tun dies aktuell inklusive Rheinland-Pfalz.

Der Hauptvorstand diskutierte und verabschiedete abschließend einstimmig drei tagesaktuelle Entschlüsse:

- ▶ Für verbesserte Förderung des gewerkschaftlichen Ehrenamts: Sonderurlaubsumfang erweitern
- ▶ Für attraktivere Dienstbedingungen: Freistellung für Vorsorgekuren ermöglichen
- ▶ Angemessene Erhöhung von Wegstreckenentschädigung und Tagegeld

Alle Entschlüsse sind nachzulesen auf www.bsbd-rlp.de ■

AG Sicherheit: Gewerkschaft und Ministerium im Austausch

Zu einem sehr positiven und wertvollen Meinungsaustausch kam es beim Treffen der Abteilung Sicherheit des Justizministeriums und Vertretern der AG Sicherheit des BSBD.

Schnell wurde beiden Seiten klar, dass man gemeinsam für eine Sache angetreten ist, nämlich die Sicherheit im rheinland-pfälzischen Vollzug zu optimieren.

Von Seiten der AG wurden Schwerpunkte angesprochen, bei denen es aus unserer Sicht gilt, Abläufe zu verbessern. Allen voran macht sich der BSBD schon seit Jahren dafür stark, sogenannte Einsatzgruppen in den Anstalten, nach dem Vorbild in Hessen und Baden-Württemberg, zu etablieren. Hierbei geht es nicht darum, ein „SEK“ für den „Knast“ aufzubauen, sondern vielmehr darum Gruppen zu bilden, die aus Kollegen und Kolleginnen bestehen, die besonders für schwierige Lage, wie beispielsweise Zugriffe in Hafträumen, Verbringung von gefährlichen Gefangenen oder Abwehren von Widerständen ausgebildet sind. Diese Kollegen und Kolleginnen müssen aus Sicht der AG über eine gute körperliche Fitness, eine Affinität für die waffenlose Selbstverteidigung und Fähigkeiten zu lageangepassten Verhalten verfügen. Dass dies auch einen höheren Trainingsaufwand notwendig macht, war für alle Teilnehmer des Gesprächs nachvollziehbar. Allerdings muss man aus unserer Sicht hierbei bereit sein, auch notwendige zeitliche Ressourcen bereitzustellen, wenn man die Sicherheit in den Anstalten verbessern will.

Ein weiterer Schwerpunkt war die Sicherheit in den Transport und Vorführdiensten des Vollzuges. Hier hat das Ministerium mit der im Entwurf vorliegenden neuen Verfügung für das Schießtraining bereits einen aus unserer Sicht guten Schritt in die richtige Richtung vollzogen. Es bleibt natürlich abzuwarten, wie die Verantwortlichen in den Anstalten diesen Weg mitgehen, da ja überall die personelle Knappheit verwalten wird und jede zusätzliche Ausbildung die Lage nicht einfacher macht. Allerdings sollten sich auch gerade die Verantwortlichen für die Sicherheit in den JVA's klarmachen, dass Sicherheit notwendig ist und nur gut ausgebildete Mitarbeiter diese garantieren. Frei nach dem Motto „Wer Leistung will,

muss auch bereit sein diese zu bezahlen!“

Neben diesen organisatorischen Dingen wurden über die Ausstattung der Kollegen gesprochen, hier vor allem über die Schutzwesten sowie die Einführung eines Einsatzstocks für die eingesetzten Bediensteten.

Die Vertreter des JM wiesen zu Recht daraufhin, dass es gelungen ist ausreichend Schutzwesten für alle im Fahr- und Transportdienst eingesetzten Beamte und Beamtinnen zu beschaffen und diese auch freiwillig genutzt werden können.

Die Mitglieder der AG legten dar, dass die Akzeptanz der Schutzwesten nicht bei allen Kollegen und Kolleginnen gegeben ist und man sich hier eine allgemeine Anordnung des JM wünschen würde. Aufgrund der erst kürzlich eingeführten Regelung zur freiwilligen Trageweise der Schutzwesten in allen rheinland-pfälzischen Justizvollzugseinrichtungen wird von Seiten des JM derzeit

in diesem Punkt kein Handlungsbedarf gesehen. Ein weiterer Schwerpunkt in diesem Bereich ist die Einführung eines neuen Einsatzstocks für den Fahr- und Transportdienst. Hier wurde von Seiten des JM der bekannte „Tonfa“ Einsatzstock in einer ausziehbaren Funktion favorisiert. Dies vor allem unter dem Aspekt, dass man weniger Ausbildung bei dessen Einführung benötige. Die AG Sicherheit sieht diesen Vorteil allerdings als sehr gering an gegenüber den bei allen Polizeibehörden und auch Gerichtswachmeistern eingesetzten Einsatzstocks, der aus unserer Sicht nur Vorteile bietet. Anzuführen wären hier die bessere Handlichkeit, die bessere Trageweise

se sowie eine wesentlich bessere Einsatzfähigkeit. Um diese Vor- und Nachteile vorzuführen, wurden von den Mitgliedern der Gruppe, bei denen es sich fast ausschließlich um erfahrene Einsatztrainer handelt, beide Einsatzstöcke sowie deren Anwendung vorgeführt. Wir hoffen nunmehr, dass hier eine Neubetrachtung, der noch nicht geschehen Beschaffung vom JM überdacht wird und der aus unserer Sicht wesentlich bessere EKA eingeführt wird.

Abschließend muss man feststellen, dass man in einer guten Gesprächsatmosphäre einen guten und für beiden Seiten nützlichen Meinungsaustausch durchführte, in dem viele Themen besprochen wurden. Hierfür gilt der Abteilung Sicherheit im JM unser Dank.

Stefan Ternes
Sprecher AG Sicherheit



Foto: BSBD RLP

v.l.n.r. Stefan Ternes, Manuel Hubo, Thorsten Reichrath, Eugen Bujer



dbb
vorsorgewerk
günstig • fair • nah

BB
Bank
Better Banking

Die bessere Bank für den öffentlichen Dienst

Warum entscheiden, wenn alles geht?

Mit digitalen Services und persönlicher Beratung verbinden wir das Beste aus beiden Welten. Unser spezialisiertes Team für den öffentlichen Dienst begleitet Sie zuverlässig in jeder Lebensphase.

Ihre Vorteile als Gewerkschaftsmitglied

- ✓ Konto mit Startprämie und Kreditkarte zum Vorzugspreis
- ✓ Attraktive Geldanlagen und Investments
- ✓ Baufinanzierung mit Top-Konditionen
- ✓ Wunschkredit – schnell und günstig
- ✓ Bundesweites Filialnetz

Ihre regionale Ansprechpartnerin:

Antje Stets
0162 2730942
antje.stets@bbbbank.de

Angebote entdecken



bbbbank.de/dbb

